



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Zusammenhalt der EU stärken, um Presse- und Meinungsfreiheit vor türkischer Einflussnahme zu verteidigen

Beschluss des Bundeskongresses vom 17.04.2016

Mit großer Sorge und Unverständnis nehmen die Europa Union Deutschland sowie die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland die versuchte Einflussnahme der türkischen Regierung auf die Presse- und Meinungsfreiheit in unserem Land zur Kenntnis.

Wir stellen nachdrücklich fest, dass die Presse- und Meinungsfreiheit ein unveräußerliches Recht und ein integraler Bestandteil unserer europäischen Wertegemeinschaft sind. Die versuchte Einflussnahme der türkischen Regierung auf die Berichterstattung in deutschen Medien bewerten wir als unverhältnismäßig und inakzeptabel.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf:

1. gegenüber der türkischen Staatsführung unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen, dass die Freiheit von Presse, der Meinungsäußerung, der Wissenschaft und Kunst für uns und unsere europäischen Partner nichtverhandelbare und zu schützende Werte darstellen.
2. unverzüglich eine Gesetzesinitiative in den Bundestag einzubringen, die zum Ziel hat, den Paragraphen 103 StGB ersatzlos zu streichen.
3. gemeinsam mit den Regierungen der EU-Partnerländer der türkischen Staatsführung deutlich zu machen, dass die Türkei nur dann eine realistische Beitrittsperspektive zur EU hat, wenn die dafür gesetzten Kriterien insbesondere die gemeinsamen europäischen Werte, zu denen auch die Freiheit von Presse, Kunst, Wissenschaft und der Meinungsäußerung gehören, geachtet und im eigenen Land praktiziert werden.
4. durch eigenes Verhalten und Handeln, insbesondere durch gemeinsames Handeln der Europäischen Union in der Flüchtlingskrise, auszuschließen, dass unsere Grundrechte durch eine unsachliche Verknüpfung von politischen Entscheidungen in Frage stehen.